Herforder Zeitung

für Stadt und Land

Bezugs-Preis 4.00 Mark
monatlich. Bei Postbezug 4.00 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 83 und 181
Postscheckkonto Nr. 5796
Scheckamt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig
die 1spalt. Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Landkreis Herford, sonst 25 Pfennig. Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 137. Herford, Montag, den 14. Juni 1920 38. Jahrgang.

Der Auftrag an die Deutsche Volkspartei.

Unerfüllbare Aufgabe.

wtb. **Berlin**, 13. Juni. **Der Reichspräsident empfing heute vormittag um 11 Uhr den Abgeordneten Dr. Heintze, den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, zu einer Besprechung und übertrug ihm im Laufe der Unterredung die Bildung des neuen Kabinetts. Abgeordneter Dr. Heintze hat diesen Auftrag angenommen.**

Der Versuch des Reichskanzlers, mit den Unabhängigen eine Verständigung herbeizuführen zwecks Bildung eines Kabinetts, ist gescheitert.

Im Verfolg des ihm gewordenen Auftrags hatte sich der Reichskanzler an Crispien, den Vorsitzenden der U. S. P. gewandt mit einem Schreiben, worin er ausführte:

„Zur Lösung der mir gestellten Aufgabe wende ich mich zunächst an die Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die Wahlen brachten der U. S. P. D. 80 Mandate und machten sie damit zur zweitstärksten Partei des künftigen Reichstages. Die Beteiligung der U. S. P. D. an der Regierung ist deshalb das Nächstliegendste.

In unserer jungen deutschen Republik erscheint mir die Teilnahme der U. S. P. an der Regierung aber deshalb besonders notwendig, weil nur durch eine nach links hin verstärkte Koalitionsregierung unsere republikanischen Einrichtungen gegen alle Angriffe von rechts verteidigt, reaktionäre Attentate auf den Achtstundentag und die sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegszeit abgewehrt werden können und eine auswärtige Politik durchgeführt werden kann, die den republikanischen und pazifistischen Ideen der weit überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes entspricht."

Anschließend bat er Herrn Crispien zu einer Besprechung, wobei er zum Schlusse auf die Dringlichkeit der Regierungsbildung wegen der in Spaa zu führenden Verhandlungen hinwies.

Auf dieses Schreiben ist am 11. Juni nachmittags eine Antwort der Unabhängigen Sozialdemokratie, gezeichnet Crispien, eingegangen, die folgendermaßen lautet:

„Im Auftrage des Zentralkomitees der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands übermittle ich Ihnen folgende Antwort auf Ihre Einladung vom 11. Juni zu einer Aussprache über den Eintritt von Mitgliedern unserer Partei in die neuzubildende Regierung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann nicht in eine Regierung eintreten, die sich die Wiederaufrichtung der im Kriege zusammengebrochenen kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft zum Ziel gesetzt hat und zur Niederhaltung des Proletariats den Militarismus neu belebt und stärkt, wie es die bisherige Koalitionsregierung getan hat. Der Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in eine solche Regierung würde eine Unterstützung der konterrevolutionären Politik bedeuten, die sie bisher grundsätzlich bekämpft hat, wäre eine Preisgabe ihres Programms.

Zur Erkämpfung dieses Zieles ist die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu Beginn der Revolution in eine gemeinsame Regierung mit der rechtssozialdemokratischen Partei eingetreten. Trotzdem diese Partei versprochen hatte, das sozialdemokratische Programm zur Grundlage der Regierungspolitik zu machen, haben ihre Vertreter unausgesetzt eine Politik der Anlehnung und des Kompromisses mit den Vertretern der alten staatlichen Bureaukratie, der kapitalistischen Parteien und des alten Militarismus betrieben, so daß die Unabhängige Sozialistische Partei Deutschlands gezwungen war, aus der Regierung auszutreten, um nicht mitschuldig zu werden an der Wiederbelebung des Kapitalismus und Militarismus und der von ihnen ins Werk gesetzten blutigen Gewaltpolitik gegenüber der revolutionären Arbeiterschaft. Die seitdem betriebene rechtssozialistische Koalitionspolitik mit kapitalistischen Parteien hat dazu geführt, die wahren Machtverhältnisse zu verschleiern und die Arbeiterklasse in ihrem Vormarsch zu behindern. Das Erstarken der Reaktion, wie es bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck gekommen ist, ist nur die Folge der rechtssozialistischen Kompromißpolitik mit den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse und kann nicht bekämpft werden durch die Fortsetzung der das Proletariat verwirrenden und spaltenden Koalitionspolitik, sondern nur durch eine grundsätzlich klare und konsequente sozialistische Politik, die die Besitzergreifung der politischen Macht durch das Proletariat und dessen Alleinherrschaft bis zur Verwirklichung des Sozialismus erstrebt.

Ergibt sich aus der Entwicklung der Revolution die Notwendigkeit einer sozialistischen Regierung, so kommt für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands als Uebergang nur eine rein sozialistische Regierung in Betracht, in der sie die Mehrheit hat, den bestimmenden Einfluß ausübt und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bildet. Durch diese Antwort dürfte wohl auch nach Ihrer Ueberzeugung die von Ihnen gewünschte Aussprache gegenstandslos geworden sein."

Diese Antwort der Unabhängigen war vorauszusehen. Sie haben in der Opposition so gute Parteigeschäfte gemacht, daß sie sich der Aufgabe, Verantwortung für die Gestaltung der Politik zu übernehmen, einfach versagen. Welche Folgen ihre Ablehnung haben wird, ist noch nicht zu sagen. Möglich ist, daß die Mehrheitssozialisten eng an die Unabhängigen heranrücken, um des Vorteils der Opposition nicht verlustig zu gehen. Möglich ist aber auch, daß die Kluft zwischen beiden Richtungen dadurch eine Vertiefung erfährt, denn in der Mehrheitssozialdemokratie gibt es eine Reihe einflußreicher Persönlichkeiten, die erkennen, daß die Entwicklung unheilvoll verlaufen muß, wenn eine Regierung ohne die Sozialdemokratie gebildet wird.

In logischer Auswertung der geschaffenen Situation hat der Reichspräsident nach Hermann Müllers vorläufigem Mißerfolg die Deutsche Volkspartei eingeladen, das Kabinett zu bilden. Jetzt hat die Deutsche Volkspartei eine geradezu glänzende Gelegenheit zu zeigen, wie sie sich den Wiederaufbau denkt. Nun muß sie die Probe ablegen auf ihre Wahlversprechungen. Sie hat es ja heut unendlich viel leichter, wie die Koalition vor Jahresfrist. Also kann ihr die Aufgabe, vor die sie jetzt gestellt ist, nicht schwer fallen. Damals galt es, einen unerträglichen Frieden anzunehmen und dann die schwere Zeit der Ungewißheit bis zu seiner Inkraftsetzung, die so lang hinausgezogen wurde, zu überstehen. Dann kamen die ersten Monate des Friedens mit dem harten Drängen der Gegner auf Erfüllung unerfüllbarer Bedingungen. Das war die schlimmste Zeit. Heute ist sie fast schon überstanden. Allmählich haben sich auch die Gegner überzeugt, daß der Friede von Versailles vielfach Unmögliches verlangt und daß man, um nicht offen seine Revisionsbedürftigkeit zuzugeben, das Hauptgewicht auf diejenigen Bestimmungen legen muß, welche weitestgehende Freiheit lassen in der Auslegung der Verpflichtungen Deutschlands. Gleichviel, in welcher Gesinnung man nach Spaa und Brüssel gehen wird — es wird sich dort um Zugeständnisse handeln, die Deutschland gemacht werden müssen, wenn man Zahlungen von ihm erhalten will; es wird sich um Lebensmittel und Rohstoffe handeln, die Deutschland geliefert werden müssen, wenn man Arbeit von ihm erlangen will. Von außen her wird sich also in absehbarer Zeit eine Besserung der deutschen Verhältnisse anbahnen.

Die Regierung, welche die Deutsche Volkspartei jetzt bilden soll, hat es unendlich leichter wie die Regierung von 1919. Darum müssen wir auch erwarten und verlangen, daß diese Partei mit den befreundeten Deutschnationalen uns einen Ausweg weist aus der Verworrenheit der letzten Tage.

•

Schneller als wir es gedacht, hat die Deutsche Volkspartei vor der Schwierigkeit der ihr gestellten Aufgabe bereits kapituliert. Heute morgen wird uns aus Berlin gemeldet:

wtb. **Berlin**, 13. Juni. **Der Reichskanzler Müller und der Abgeordnete Loebe haben heute abend dem Abgeordneten Heintze offiziell mitgeteilt, daß die Mehrheitssozialdemokratie nicht in der Lage sei, sich an einer durch Hinzutritt der Deutschen Volkspartei erweiterten Koalition zu beteiligen. Abgeordneter Dr. Heintze hat daraufhin den Auftrag zur Bildung eines Ministeriums in die Hände des Herrn Reichspräsidenten zurückgelegt.**

Es ist so gekommen, wie es kommen mußte. Die Mehrheitssozialdemokratie ist durch den Wahlkampf der Deutschen Volkspartei heute noch so erregt, daß sie ein Zusammenarbeiten mit ihr ablehnt. Wir halten das nicht für besonders klug und glücklich. An den Tatsachen wird dadurch aber nichts geändert. Feststellen wollen wir nur, daß die Deutsche Volkspartei bereits bei dem ersten Schritt zu ihrer „Wiederaufbau"-Politik gescheitert ist. Es ist genau so, aber in viel kürzerer Zeit, gekommen, wie es von demokratischer Seite vorher behauptet ist.

Wahrscheinlich wird jetzt Trimborn vom Zentrum mit der Kabinettsbildung beauftragt werden. Er ist ein geschickter Diplomat und eine politisch bedeutsame Persönlichkeit. Voraussichtlich wird er auf die alte Koalition zurückgreifen und in irgend einer Form auch die Deutsche Volkspartei zur Mitverantwortung heranzuziehen suchen.

Die politische Lage ist nach wie vor sehr ernst und gespannt. Die Deutsche Demokratische Partei wird sich, wenn der Augenblick an sie herantritt, gemäß ihren Grundsätzen ihren vaterländischen Pflichten nicht entziehen.

•

Als sehr interessantes Schlaglicht auf die Unsicherheit im Lager der Rechtsparteien geben wir hier einer Auffassung der „Rhein.-Westf. Zeitung" Raum, die in der schonungslosen Bekämpfung der alten Koalition vor der Wahl nur noch vom „Hannov. Kurier" übertroffen ist. Das volksparteiliche Blatt schreibt in seiner gestrigen Ausgabe wörtlich:

„Es ist nicht recht einzusehen, warum eine Politik der Zurückhaltung der Deutschen Volkspartei einer Koalition gegenüber, in der sie doch nur eine Rolle dritten Grades

Das Neueste vom Tage.

Der Tägl. Rundschau will ein bis jetzt geheim gehaltenes Flugblatt, das vom Aktionsausschuß der U. S. P., der Gewerkschaftskommission und Betriebsrätezentrale Groß-Berlins unterzeichnet sein soll, in die Hände gefallen sein, in denen die Arbeiter, Angestellten und Beamten zum Generalstreik aufgerufen werden, sobald auf Grund der Wahlen eine Rechtsregierung zustande käme.

Am Montag nachmittag tagen die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei im Reichstag. Am Dienstag vormittag tritt das Zentrum zusammen.

Die Bayerische Volkspartei beschloß, die Verbindung mit der Reichs-Zentrumspartei erst nach der Ausschiffung Erzbergers aufzunehmen.

Der formelle Rücktritt der sächsischen Regierung wird in der nächsten Woche erfolgen. Die Regierung wird aber die Geschäfte weiterführen, bis die Neuwahlen erfolgt sind.

Die Einberufung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats ist der Voss. Ztg. zufolge zum 30. Juni beschlossen worden. Die Vollsitzung findet im Herrenhaus statt.

Wie wir von amtlicher Stelle erfahren, ist eine Ententenote über den Ausbau der Sicherheitspolizei bisher in Berlin nicht eingegangen. Dagegen wird mitgeteilt, daß in Paris eine deutsche Note übergeben worden ist, in der um Fristverlängerung der Herabminderung der Heeresstärke über den 10. Juli hinaus und zwar bis 19. Oktober gebeten wird.

Der Ausnahmezustand für Schlesien und das Ruhrgebiet ist aufgehoben worden.

Die in Apenrade geführten Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern der ersten Zone in Nordschleswig haben zu einer Einigung geführt. Der Generalausstand wurde daraufhin gestern für beendet erklärt. Die Arbeit wird heute spätestens am Dienstag wieder aufgenommen werden.

Im besetzten Gebiet haben die Franzosen eine Reihe von Gewerkschaftsführern verhaftet.

Die Betriebsräte des Zwickauer und Lugau-Gelsnitzer Kohlenreviers faßten eine Entschließung, in der sie anerkennen, daß die ungeheure Kohlennot rasche Abhilfe erfordert, und daß es zurzeit kein anderes Mittel gibt, ihr zu steuern, als bis auf weiteres die achte Arbeitsstunde wieder einzuführen.

Dem Lokal-Anzeiger zufolge wird der Anschluß Koburgs an Bayern endgültig am 1. Juli vollzogen.

England hat eine Beteiligung an den belgisch-französischen Bündnisverhandlungen abgelehnt.

Der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph schreibt, daß in politischen Kreisen eine gründliche Revision des türkischen Friedensvertrages als unmittelbar bevorstehend angenommen werde, und zwar in einem für die Türkei günstigen Sinne. Diese Frage bildet den Gegenstand wichtiger Besprechungen zwischen den Mächten.

Nach einer „Times"-Meldung aus Paris soll die Botschafterkonferenz den König von Belgien ersucht haben, als Schiedsrichter zwischen der Tschecho-Slowakei und Polen in der Teschener Frage aufzutreten. Eine Antwort des Königs sei noch nicht eingegangen.

Sonnabend morgen wurde ein Bombenattentat auf den ägyptischen Ministerpräsidenten verübt. Der Mordversuch ist mißlungen.

„Und was erreichen wir damit?"
„Well? Sein Dampfer fährt Ende dieser Woche. Mister Groot darf seine Tochter erst am Tage seiner Abreise von hier sehen. Es ist anzunehmen, daß er sie mit sich nimmt —"
„Wer weiß —!" sprach Frau Meerten nachdenklich.
„Einerlei!" antwortete der junge Mann. „Keinesfalls „Ach nee! Und ich verstehe ja auch, wie alles so kommen mußte, und gratuliere Ihnen von ganzem Herzen."
Liebe Käthe —"
„Ja wirklich, von ganzem Herzen. Ich bin ja auch nicht so dumm, um nicht einzusehen, daß das liebe, jebildete

Das Tiffany-Glas.

Von Jenny Baer.

(Nachdruck verboten.)

Dr. Kurt Brückner hielt den Brief noch immer geöffnet in der Hand, er hatte keine Rücksicht darauf genommen, daß er ihn abends in ihren Schlafgewändern auf der Bühne erschien und einen Tanz frei nach Strauß, Beethoven oder Chopin „mimte", galt der Beifall der Anwesenden ebenso ihrer graziösen Kunst wie ihrer niedlichen Person. Der Abschied war ihm aber nicht schwer geworden und auch Monka war getröstet, als sie ihm ein kostbares Souvenir abgebettelt

spielen würde, „zweideutig" sein soll. Die durch die Reichstagswahlen geschaffene parlamentarische Lage ist nun einmal so unglücklich, daß die Bildung einer absoluten Mehrheit auf nahezu unüberwindbare Schwierigkeiten stößt. Insbesondere spricht gegen die Hinzuziehung der Volkspartei zur alten Dreiparteikoalition der gewichtige, bisher noch nicht zu überwindende Einspruch der Sozialdemokraten, sowie — was freilich gewisse volksparteiliche Kreise geflissentlich zu übersehen scheinen — die Unvereinbarkeit der nationalstaatlichen Grundanschauungen der Deutschen Volkspartei mit der Politik der alten Koalition, die wohl kaum den 60 Mandaten der Volkspartei zuliebe grundlegend geändert werden würde. „Zweideutig" möchte man es eher nennen, wenn gewisse Personen, die sich im Wahlkampf nicht genug tun konnten in Angriffen und Schmähungen gegen die alten Mehrheitsparteien, nun einen gewissen Uebereifer zeigen, sich ihnen anzuschließen. In Anbetracht der gegebenen parlamentarischen Lage und mangels einer zuverlässigen und homogenen absoluten Mehrheit dürfte es immer noch die vernünftigste Lösung sein, der vorhandenen relativen Mehrheit der Blockparteien die Führung der Geschäfte zu überlassen. Die Rechtsparteien vergeben sich nichts, wenn sie, eingedenk ihrer leider nicht zu leugnenden zahlenmäßigen Bedeutungslosigkeit, der verantwortlichen Leitung fernbleiben, andererseits aber, um die Staatsgeschäfte nicht zu sabottieren und die von linksher andrängenden Unabhängigen nicht zu unterstützen, statt der Opposition aufmerksame Neutralität üben. Allerdings ist zuzugeben, daß diese Lösung keineswegs ein Ideal darstellt, schon mit Rücksicht auf die schwierige Rolle einer nur von reaktiver Mehrheit getragenen Regierung dem Auslande gegenüber. Eine stabilere Regelung wäre sehr zu wünschen. Solange aber die Elemente dazu nicht gegeben sind, wird es selbst einer geschickten Hand kaum gelingen, sie zuwege zu bringen."

Diese sehr nüchterne Betrachtung bedeutet nichts mehr und weniger als die völlige Preisgabe der von den Rechtsparteien bisher verfolgten Oppositions- und Wahltaktik. Wir sind über diese Erkenntnis sehr erfreut.

D. P. D. und Volkspartei.

dd. **Berlin,** 14. Juni. (Eig. Drahtb.) Die sozialdemokr. Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß haben gestern getagt. Nach einer Rede des Reichskanzlers Müller und sehr ausführlicher Aussprache hat die Partei eine Arbeit mit der Deutschen Volkspartei abgelehnt.

Sammlung?

Unter der Ueberschrift „Sammlung"" erörterte die „Köln. Zeitung", das führende Organ der rheinischen Deutschen Volkspartei, die Möglichkeit einer Zusammenlegung der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei; sie schreibt:

> Wiederholt ist darauf hingewiesen worden, daß programmatische Unterschiede zwischen den beiden Parteien kaum mit der Lupe zu entdecken seien. Daß da jetzt vielfach der Wunsch laut wird, es möge eine Versöhnung zwischen den beiden Gesinnungsverwandten zustandekommen. Er geht von Mund zu Mund. Die Umbildung in unserem Parteiwesen ist noch nicht abgeschlossen und es wäre keine Neuheit in der Geschichte der Partei. Auch über den Namen, den man einem solchen liberal-demokratischen Gebilde geben könnte, braucht man sich nicht den Kopf zu zerbrechen.
>
> Wir wissen nicht, wie sich die Führer der beiden Parteien zu einer solchen Vereinigung stellen, der aber, dem eine Vereinfachung unserer jetzt glücklich in siebzehn Gruppen zersplitterten Partei wünschenswert erscheint, dürfte dies nicht von der Hand weisen.

Auch uns ist bekannt, daß man hier und da von einer Verschmelzung der beiden Parteien spricht. Die Voraussetzungen dafür scheinen uns aber keineswegs gegeben zu sein, solange Männer mit ausgesprochen großkapitalistischen Interessen in der Deutschen Volkspartei das Wort führen. Die Deutsch-Demokratische Partei hat jetzt nur eine Aufgabe: Festigung ihrer eigenen Organisation. In diesem Sinne hat sich auch eine Bezirksvorstandssitzung entschieden, die am Sonnabend in Herford stattgefunden hat und die ungemein stark besucht war. Nach einer langen und sehr fruchtbaren Aussprache wurde dort folgende Entschließung einmütig angenommen:

> Der Bezirksvorstand Herford der D. D. P. stellt sich auf den Boden der Entschließung des demokratischen Wahlvorstandes des 19. Wahlkreises. Er fordert die Ortsgruppen und Vertrauensmänner auf, sofort in die Werbearbeit einzutreten, die Organisation weiter auszubauen und treu und unermüdlich für die demokratische Idee des Ausgleichs und der Verständigung zwischen den einzelnen Volksschichten zu wirken. Allein die von uns vertretenen Ziele sind geeignet, Volk und Vaterland zu retten.

Bestialitäten schwarzer Truppen.

Aus dem Landkreise Euskirchen wird auf Grund einwandfreier Zeugenaussagen amtlich über zwei Fälle widerwärtiger Ausschreitungen schwarzer französischer Truppen wie folgt berichtet:

Vor einigen Wochen wurden abends die 11 und 13 Jahre alten Knaben Peter H. und Peter Josef Sch. aus Elsig auf dem Wege von Euskirchen nach Elsig von drei farbigen Soldaten angehalten. Während ein Soldat zunächst nach Euskirchen weiterging, packten die beiden anderen je einen von den Knaben am Halse, verhinderten sie unter Drohungen am Schreien und schleppten sie ungefähr 60 bis 70 Meter voneinander getrennt in ein Roggenfeld, wo sie sich in nicht wiederzugebender Weise an ihnen vergriffen. Es gelang hierauf den beiden Jungen fortzulaufen, ehe der dritte Soldat, der ebenfalls in das Roggenfeld gekommen war, sich an ihnen vergreifen konnte. Daß die Soldaten die Knaben nicht mehr verfolgt haben, ist wohl darauf zurückzuführen, daß vier bis fünf Zivilisten des Weges entlang kamen, denn der eine der Soldaten sagte, als er die Zivilisten sah: „Zivil, nichts gut!" Die Jungen waren nach Aussage der Mütter, als sie nach Hause kamen, atemlos und vollständig erschöpft.

Einige Tage später, am Nachmittag, wurde die 19 Jahre alte Gertrud R. aus Euskirchen, deren Mutter in Elsig wohnte, oberhalb Elsig in der Richtung der Kaserne auf dem Pfad des Bahnkörpers von einem farbigen Soldaten überfallen, in den Graben geworfen und, als sie heftig schrie, am Halse gewürgt. Als der Versuch des Mannes, das kräftige Mädchen zu vergewaltigen, nicht gelang, bot er ihr 100 M. Diese Gelegenheit benutzte das Mädchen, fortzurennen. Ihr Hut war zerstört, desgleichen die Bluse schwer beschädigt. Die Knaben sowohl wie das Mädchen glauben, daß sie die Täter aus der Belegschaft der Kaserne sofort herauskennen würden.

Der Regierungspräsident von Köln hat die beiden Fälle dem Bezirksdelegierten der Interalliierten Kommission, Herrn Obersten Gelin, in Bonn angezeigt und dazu folgendes bemerkt:

„Die vorgetragenen Fälle haben in der Bevölkerung eine derartige Erregung und Erbitterung hervorgerufen, daß die deutschen Behörden, denen die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung am Herzen liegt, die Verantwortung für einen elementaren Ausbruch der Empörung über derartige Vorkommnisse auf diejenigen militärischen Kommandostellen abwälzen müssen, die entweder nicht in der Lage oder nicht gewillt sind, die ruhige deutsche Bevölkerung vor derartigen Uebergriffen seitens der farbigen Soldaten zu schützen. Diese Vorkommnisse sind ein neuer Beweis, daß der rheinischen Bevölkerung die Anwesenheit von Farbigen, die christlich-sittliche Kulturanschauung nicht kennen, nicht länger zugemutet werden kann. Jede Familie des Besatzungsbezirks, in der sich weibliche Mitglieder und Kinder befinden, steht unter dem Druck einer ständigen Bedrohung und Unsicherheit. Ich bin überzeugt, daß Euer Hochwohlgeboren mit mir darin einig sind, daß derartige strafbare Vorkommnisse auf das schärfste zu verurteilen sind und daß Truppen, die sich an zivilisierte Verhältnisse nicht gewöhnen können, abgelöst werden müssen. Für eine Mitteilung über das Ergebnis meiner Vorstellungen wäre ich Euer Hochwohlgeboren sehr verbunden."

Würdig reihen sich diesen Gemeinheiten schwarzer Truppen neuerlichst aus Gleiwitz gemeldete

Untaten weißer Franzosen an Gymnasiasten

an. Der einwandfreie Bericht besagt:

Gleiwitz, 12. Juni. Heute vormittag 10 Uhr passierten mehrere Entente-Soldaten, laut „Oberschlesischen Wanderer", den Turnplatz am staatlichen Gymnasium. Einige Gymnasiasten unterhielten sich lächelnd über die auffällige Uniform der schottischen Soldaten. Darauf übersprangen Franzosen den Zaun des Turnplatzes und stachen mit Seitengewehren auf die hilflosen Schüler ein. Ein Oberprimaner und zwei Sekundaner wurden schwer verletzt. Ein Oberprimaner erhielt einen lebensgefährlichen Bauchstich und kommt nach den Aussagen der Aerzte kaum mit dem Leben davon. Die Verwundeten wurden in französischen Krankenwagen nach dem Städtischen Krankenhause gebracht. Die Erregung der Bevölkerung ist ungeheuer.

Man kann die grande nation zu dieser neuesten Heldentat auf dem Gebiete des Kinderüberfalles bezw. Mordes nur beglückwünschen. Da ihnen die erwachsenen Deutschen noch immer reichlich gefährlich erscheinen, ist es ja vom Standpunkt der Franzosen aus ganz zweckmäßig, diese gefährlichen Beeinträchtiger der französischen Glorie schon im Entwicklungsstadium unschädlich zu machen. Diesmal scheinen weiße Franzosen die Helden zu sein, sie haben also von ihren farbigen Volksgenossen gelernt; bei der natürlichen sadistischen Veranlagung des französischen Volkes zweifeln wir nicht, daß sie auch auf diesem Gebiete bald ihre Ueberlegenheit über die Schwarzen beweisen werden.

Deutsches Reich.

Fortsetzung der Verfassungsberatungen in Preußen.

Berlin, 12. Juni. Der Verfassungsausschuß der Preußischen Landesversammlung trat gestern zu einer Besprechung zusammen. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob man angesichts der durch die Reichstagswahlen geschaffenen Situation die Beratungen über die preußische Verfassung unterbrechen soll. Man entschloß sich schließlich gegen die Stimmen der Unabhängigen für die Fortsetzung der Beratungen.

Einrichtung von Wehrkammern.

Berlin, 12. Juni. Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 3. Juni wird zur berufsständigen Vertretung der Heeresangehörigen die Bildung einer vorläufigen Heeres- und Marinekammer angeordnet. Die Tätigkeit der beiden Kammern erstreckt sich auf die Mitwirkung bei der Bearbeitung von Gesetzesvorlagen, die sich auf die Wehrmacht beziehen und die Begutachtung von Wünschen und Anregungen der Wehrmacht. Die Heereskammer besteht aus 69 in geheimer Wahl gewählten Angehörigen der Reichswehr, und zwar 14 Offiziere, 13 Unteroffiziere, 29 Mannschaften, 5 Sanitätsoffiziere, 3 Veterinär-Offiziere, 3 Feuerwerksoffiziere und 2 Beamte. Die Zusammensetzung der Marinekammer ist entsprechend. Die Wahlen zur Heereskammer werden in der Zeit vom 1. bis 10. Juli stattfinden.

Maßnahmen zur Preissenkung.

Berlin, 12. Juni. Eine Vorlage zur Senkung aller Lebensmittelpreise wird angeblich eines der ersten Gesetze sein, was, von allen Parteien unterstützt, dem neuen Reichstag zugehen wird. Man denkt an normierte Friedenspreise, die vom Produzenten nicht über 15 Prozent, vom Detaillisten nicht über 30 Prozent überschritten werden dürfen. Lebensmittelschieber und Wucherer, und auch Schieber mit anderen Waren sollen außer mit einer hohen Geldstrafe durch vollkommene Vermögenskonfiskation und Taxierung des Geschäftes sowie des Verbotes des Weiterhandelns bestraft werden. Wohnungswucher werde durch Einziehen der Miete und durch Zwangsverwaltung des Hauses bestraft werden. Vorläufig hält man diese Nachricht noch für sehr unglaubwürdig.

Die deutschen Delegierten zur internationalen Arbeitskonferenz.

wtb. **Berlin,** 12. Juni. Die für Genua bestimmten deutschen Delegierten zur internationalen Arbeitskonferenz verließen heute Berlin. Es sind Reichsminister a. D. Wißel, Geheimrat Werner, Geheimrat Dr. Leymann, Direktor Boeger-Hamburg, Konsul Arthur Kunstmann, Syndikus Dr. Taenzle-Berlin, Dr. Schmitz-Duisburg, Paul Müller-Hamburg, Schumann-Berlin, Kommerzienrat Horn-Duisburg.

Zum Saarkonflikt.

tu. **Paris,** 12. Juni. Zum Saarkonflikt meldet der „Petit Parisien", daß die deutsche Regierung sich weigere, einen anderen Offizier an Stelle des Oberstleutnants von Xylander zu ernennen. Die Botschafterkonferenz verlangt eine Versetzung Xylanders, bevor sie auf den Konflikt eingehe.

Das Urteil im 3. Münchener Geiselmordprozeß.

wtb. **München,** 12. Juni. In dem 3. Geiselmordprozeß wurde heute das Urteil gefällt. Der Angeklagte Josef Walleshauser wurde wegen fortgesetzten Verbrechens des Mordes zum Tode und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer verurteilt. Der zweite Angeklagte Rotter wurde von der Anklage wegen Mord freigesprochen, dagegen wegen Beihilfe zum Hochverrat zu 7 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Der Prozeß gegen die Marburger Zeitfreiwilligen.

tu. **Berlin,** 12. Juni. Die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen die 14 Marburger zeitfreiwilligen Studenten, gegen die aus Anlaß der Erschießung von 15 Thaler Bürgern während der Märzunruhen in Thüringen Anklage wegen Totschlages erhoben worden ist, findet vom 15. bis 18. Juni statt. Für den 17. Juni ist ein Lokaltermin in Thüringen angesetzt.

Bisher 150 Begnadigungen im Ruhrgebiet.

wtb. **Münster,** 13. Juni. Von 451 durch die außerordentlichen Kriegsgerichte des Ruhrgebietes Verurteilten sind Gnadengesuche eingereicht worden. Der Reichspräsident hat bisher in 115 Fällen von seinem Gnadenrecht Gebrauch gemacht und in 26 Fällen das Gesuch abgelehnt. Die Entscheidung über die übrigen Gnadengesuche ist ebenfalls binnen kurzem zu erwarten. Von den zahlreichen während der Unruhen im Ruhrgebiet verhafteten Personen sind inzwischen der größte Teil wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Nur die gemeiner und schwerer Vergehen Verdächtigen werden weiter in Haft behalten.

Ende des Krefelder Eisenbahnerstreiks.

Krefeld, 12. Juni. Der 14 Tage währende Ausstand des gesamten Personals der Krefelder Eisenbahnen ist heute beendet worden. Der Betrieb der Bahnen wird am kommenden Sonntag auf der ganzen Linie wieder aufgenommen werden. In der Stadtverordnetenversammlung wird ein Antrag angenommen, der sich für eine verstaatlichung der Eisenbahnen ausspricht.

Ministerpräsident Hoffmanns Rückkehr zum Schuldienst.

München, 12. Juni. Der frühere bayerische Ministerpräsident und Kultusminister Hoffmann ist in Kaiserslautern wieder in den Volksschuldienst getreten.

tu. **Berlin,** 12. Juni. Der neugewählte Landtag von Gotha ist zum 15. Juni einberufen worden. Bis zur Neubildung der Landesregierung übt die Reichskommission die Regierungsgewalt aus.

Berlin, 12. Juni. Die Strombelieferung Berlins wurde durch die Arbeitsniederlegung des Reichskohlenwerkes Golpa bei Bitterfeld neuerdings gefährdet.

Berlin, 12. Juni. Heute vormittag haben die in Berlin ausständigen Friseur- und Babiergehilfen in allen Geschäften die Arbeit wieder aufgenommen.

Ausland.

Zur Kabinettskrise in Oesterreich.

tu. **Wien,** 12. Juni. In parlamentarischen Kreisen rechnet man mit der Schaffung einer dritten Koalition, wobei von rechts und links Konzessionen gemacht werden müßten. Das Organ der Christlich-Sozialen, die „Reichspost", warnt angesichts der morgigen Versammlung der Volkswehr vor der Anwendung des Terrorismus, der jetzt das unglücklichste und unwirksamste Mittel sei. In Wien herrscht entgegen anderweitig verbreiteten Gerüchten vollkommene Ruhe. In der heutigen Beratung der großdeutschen Vereinigung über die politische Krisis trat die einhellige Auffassung zutage, daß die derzeitige Nationalversammlung nicht mehr das volle Vertrauen der Bevölkerung genieße und daher ihre ehemöglichste Auflösung in Erwägung gezogen werden müsse.

tu. **Wien,** 12. Juni. Gestern fand hier eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Ententevertretungen statt. Ein Vorschlag auf Intervention wurde abgelehnt und der Grundsatz der Nichteinmischung in die innerpolitischen Angelegenheiten Oesterreichs aufgestellt. Die Entente wünscht jedenfalls eine baldige Beilegung der Krise, die umso notwendiger erscheint, als in den allernächsten Tagen die österreichische Sektion der Reparationskommission ihre Tätigkeit aufnehmen soll.

Die englischen Arbeiter für Anerkennung der Sowjetregierung.

wtb. **London,** 12. Juni. Der vorläufige Bericht der englischen Arbeiterdelegation für Rußland fordert Beseitigung des letzten Ueberrestes der Blockade und der Intervention sowie bedingungslose Anerkennung der gegenwärtigen russischen Regierung.

Eisenbahnerstreik in Italien.

wtb. **Rom,** 12. Juni. Die Zeitungen erfahren aus Tremona, daß dort die Eisenbahner in den Ausstand getreten sind, weil der Bahnhofsvorstand einen nach Terni bestimmten Munitionszug abgehen ließ. Die Eisenbahner von Mailand befinden sich im Solidaritätsstreik. Züge treffen noch ein, aber es fahren keine ab. Die Behörden haben den Bahnhof von Mailand besetzen lassen.

„Völkerversöhnung".

wtb. **Antwerpen,** 12. Juni. In Antwerpen ist eine antideutsche Liga unter dem Namen „Vergessen wir niemals!" gegründet worden. Laut Etpile findet kommenden Sonntag eine Kundgebung gegen die Rückkehr der Deutschen nach Antwerpen statt.

Ein Denkmal für eine Spionin.

Paris, 12. Juni. Heute vormittag ist im Tuileriengarten ein vom Matin gestiftetes Denkmal für Miß Cavell enthüllt worden, die während des Krieges von dem deutschen Kriegsgerichte wegen ausgedehnter Spionage im Rücken des deutschen Heeres zum Tode verurteilt und erschossen worden ist.

Versteigerung des „Vaterland".

wtb. **Amsterdam,** 12. Juni. Der Telegraaf meldet aus Washington, daß der Schiffahrtsrat mitgeteilt hat, er sei bereit, den „Leviathan" (früher „Vaterland") zu versteigern. Angebote müssen bis spätestens 30. Juni eingehen.

Ein Attentat in Paris. — Der Exgouverneur von Albanien getötet.

wtb. **Paris,** 13. Juni. Heute nachmittag kurz nach 1 Uhr hat ein 25jähriger Albanese namens Avent Uustan auf Essad Pascha, dem ehemaligen Gouverneur von Albanien, jetzigen Vorsitzenden der albanischen Delegation in Paris, 2 Revolverschüsse abgegeben. Essad Pascha wurde getötet. Der Mörder ist verhaftet. Er erklärte, daß er seine Landsleute habe rächen wollen für die Leiden, die ihnen Essad Pascha zugefügt habe.

Einschiffung der schwarzen Truppen.

wtb. **Paris,** 13. Juni. Nach einigen Morgenblättern soll ein Teil der Senegaltruppen sich gestern nachmittag bereit erklärt haben, nach dem Orient abzureisen. Sie hätten sich berits eingeschifft. Petit Parisien erwartet die Abfahrt für Sonntag morgen.

Kaiser Karl will nicht nach Ungarn.

wtb. **Bern,** 13. Juni. Die Schweizer Depeschenagentur erhält folgende Mitteilung: Das Sekretariat Kaiser Karls stellt fest, daß die vom Wiener Korr.-Büro verbreitete angebliche Meldung eines Wiener Blattes, wonach Kaiser Karl die Ententeregierungen ersuchte, nach Ungarn zurückkehren zu dürfen, unwahr ist.

Der polnische Rückzug.

wtb. **Paris,** 13. Juni. Nach einer Meldung des Matin aus London berichtet Oberserver, die Polen hätten am Freitag Kiew geräumt und die bolschewistische Kavallerie hätte einige Kilometer hinter Kiew ihre Verbindungen abgeschnitten.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.

14. Juni.

Aerzte und Krankenkassen.

In dem Konflikt zwischen Aerzten und Krankenkassen ist noch keine völlige Klärung erfolgt. Uns wird darüber berichtet:

DD. **Leipzig,** 14. Juni. Der Beirat des wirtschaftlichen Aerzteverbandes tagte am 12. und 13. d. Mts. in Leipzig, um Stellung zu nehmen zu den Berliner Einigungsverhandlungen im Aerztekonflikt. Nach längerer Beratung gelangte folgende Entschließung zur Annahme: Der Schiedsspruch über das Honorar wird angenommen. Die Vereinbarung über die freie Aerztewahl hat bei der gesamten Aerzteschaft eine schwere Enttäuschung hervorgerufen und ist demgemäß von den meisten Aerztevereinen abgelehnt worden. Für den Fall der Annahme des Schiedsspruchs durch die Kassenverbände beschließt der Beirat: Die kassenärztliche Tätigkeit wird zunächst nach der Bestimmung des Schiedsspruchs wieder aufgenommen, ohne Abschluß von Verträgen. Ueber solche Tarife soll nicht verhandelt werden, bis alle Punkte erledigt und durch verbandliche Auslegung festgelegt sind. Zu diesem Zwecke sind Verhandlungen sofort aufzunehmen.

Unsere Kartoffelversorgung.

Nach der neuen Verordnung über die Kartoffelversorgung vom 21. Mai ist es Aufgabe der Landwirtschaft, 120 Millionen Zentner Kartoffeln im Wege der Lieferungsverträge zur Versorgung der Bevölkerung in den Kommunalverbänden aufzubringen. Die Summe von 120 Millionen Zentner wurde gewählt, um der gesamten versorgungsberechtigten Bevölkerung eine Wochenkopfmenge von 6 Pfund zu gewährleisten. Damit diejenigen Vereinigungen, die mit der Landwirtschaft die Verträge abschließen sollen, einen Ueberblick über die von den Kommunalverbänden angeforderten Mengen erhalten und mit dem Abschluß der Verträge beginnen können, ist es den Kommunalverbänden aufgegeben, den zur Versorgung ihrer Bevölkerung erforderlichen Bedarf bis zum 19. d. Mts. bei der Reichskartoffelstelle anzumelden. Auf Grund der dann feststehenden Zahlen sollen die Vertragsabschlüsse zwischen Landwirtschaft und den in der Verordnung bestimmten Vereinigungen erfolgen.

Unter dem augenblicklichen Eindruck der starken Kartoffelanlieferung sowie im Hinblick auf die bessere Bewertung der Mark im Auslande in Verbindung mit den günstigen Nachrichten über die bevorstehende Kartoffelernte sollen einzelne Kommunalverbände beabsichtigen, nicht den gesamten Jahresbedarf in Höhe von 6 Pfund zur Anmeldung zu bringen, sondern sich nur eine Frostreserve zu sichern und im übrigen die Bevölkerung auf den freien Kauf von Kartoffeln zu verweisen. Die Kommunalverbände gehen hierbei offenbar davon aus, daß der Preis für freie Kartoffeln im kommenden Winter sich niedriger als der Preis für Vertragskartoffeln stellen dürfte. Wenn auch zur Zeit sich noch nicht genau übersehen läßt, wie sich die Preisgestaltung im Herbst entwickeln wird, so erscheint doch Vorsicht geboten.

Es ist vollkommen verfrüht, schon jetzt eine gute Kartoffelernte zu prophezeien. Sicher ist, daß die kalte Witterung der letzten Woche die Kartoffelernteaussichten nachteilig beeinflußt hat. In Anbetracht des Verlustes großer Ueberschußgebiete durch den Friedensvertrag sowie in Anbetracht der erheblichen Mengen, die der Landwirt zur Ernährung seines Viehes in der eigenen Wirtschaft benötigt, bleibt es zweifelhaft, ob auch bei einer verhältnismäßig günstigen Ernte das Angebot an Kartoffeln im Herbst so stark sein wird, daß der Preis für freie Kartoffeln unter dem Preis für Vertragskartoffeln zurückbleiben wird. In diesem Falle können sich für die Kommunalverbände, die sich nur teilweise mit Kartoffeln eingedeckt haben, ernste Schwierigkeiten ergeben, da sie dann unter Umständen genötigt sein werden, durch den Ankauf von freien Kartoffeln zu erheblich teureren Preisen die Versorgung ihrer Bevölkerung sicherzustellen. Zu berücksichtigen ist hierbei noch, daß durch einen starken Ankauf von freien Kartoffeln große Transportschwierigkeiten entstehen müssen. Seitens der Bahnverwaltung ist wiederholt mit Nachdruck erklärt worden, daß die Kartoffelversorgung im Herbst nur dann gelingen kann, wenn die zur Versorgung der Kommunalverbände erforderlichen Mindestmengen nach bestimmten mit der Bahnverwaltung vorher zu vereinbarenden Fahrplänen befördert und unwirtschaftliche Eisenbahnläufe vermieden werden. Für die Kommunalverbände dürfte es sich daher im eigenen Interesse der versorgungsberechtigten Bevölkerung empfehlen, diese Umstände auch bei Anmeldung des Bedarfs, die bis 19. Juni erfolgen muß, in Rechnung zu stellen und ihre Anforderungen nicht zu gering zu bemessen.

Vision.

Ueber der Mindenerstraße lagert eine einzige graue Staubwolke, hie und da vom gegenden Wind zerrissen, dort haushoch aufwirbelnd und mitten in dem atemerstickenden Nebel wandern dichtgedrängt Menschen an Menschen, staubig, schwitzend und — lachend. Zur Vision. Bevor noch die ersten Buden am Lübbertor zu sehen sind, erbauen das Ohr schon die lieblichsten Konzerte von zwei, drei Drehorgeln, einer Handharmonika und einem Phonograph. „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten" verschmilzt in vollstem Einklang mit dem „Mädel aus dem schwarzen Wald" und einem Walzer aus der Faschingsfee; Doch die Menschen hören auf keine Melodie, sie hören nur, daß man Musik macht, die verworrenen Töne reizen und locken fort, ein kleiner Geldschein, seltener ein Nickelstück, fällt in den Hut der Musikanten und ohne Aufenthalt schiebt sich die Masse weiter. Die Händler an der Straße hier haben keinen guten Stand. Selten bleibt jemand stehen, die Menge will zum Festplatz, zum Lübberbruch. Hier wird das Gedränge nun fast lebensgefährlich. Undefinierbare Gerüche, halb Honigkuchen, halb geräucherter Hering, darunter ein Bruchteil Dunst von Menschen, Perden und Gott weiß was sonst noch, schlagen dem Besucher entgegen, ein noch undefinierbareres Tohuwabohu von Tönen und Geschrei läßt kaum das eigene Wort verstehen. Hier Mark und Bein durchdringende Trompetentöne, dort und da: „Immer ran meine Herrschaften, noch nie dagewesen", vier, fünf, Orgeln klingen durcheinander, ein Ausschreier sucht den andern zu überbieten und am Ende hört man von keinem etwas. Die Tausende von Menschen aber bestaunen die mancherlei hier zu sehenden Weltwunder, lassen sich die Lackkappen ihrer Schuhe zertreten, fahren Berg- und Talbahn bis die Seekrankheit droht, schwitzen die Blusen durch, schlucken den Staub löffelweise und — amüsieren sich königlich. Vision! R.

= **Vom Wetter.** Die eigenartige Erscheinung, daß einem warmen Frühling ein kühler Sommer folgt, ließ sich, wenigstens insoweit dessen Beginn in Frage kommt, diesmal wieder in der charakteristischster Weise beobachten. Während der Frühling in diesem Jahre ungemein zeitig und warm eingesetzt hatte, hat der Anfang des meteorologischen Sommers uns den ausgesprochensten Wettersturz dieses Jahres gebracht. In fast ganz Europa trat eine sehr kühle Nordströmung auf, und bei meist bedecktem Himmel und sehr häufigen, zum Teil ergiebigen Regenfällen blieben die Temperaturen so erheblich unter den für die Jahreszeit normalen Werten, daß sie nur den Wärmeverhältnissen gleichkamen, wie sie normalerweise im April bei uns herrschten. Dem Meteorologen sind diese Junirückfälle wohl bekannt; sie treten viel ausgeprägter in Erscheinung als beispielsweise die sog. Eisheiligen im Mai, wenn auch der weiter vorgeschrittenen Jahreszeit entsprechend, die Temperaturen nicht ganz so tief zu sinken pflegen, wie im letzten Frühlingsmonat. Trotzdem ist auch bei den Junirückschlägen immer noch mit Nachtfrostgefahr zu rechnen; auch während der vergangenen Woche sank das Thermometer in Norddeutschland verschiedentlich bis in unmittelbare Nähe des Gefrierpunktes. Am Donnerstag trat eine Wendung zum Bessern ein. In Norddeutschland riefen zurückgebliebene unbestimmt begrenzte Teilwirbel morgens nochmals Regenfälle hervor; da jedoch ein Mittelmeertief nordwärts über die Alpen hinaus vordrang, so nahmen im Laufe des Tages die Winde in Wechselwirkung dieses neuen Tiefs mit dem baltischen Hoch östliche Richtung an, und die Temperaturen begannen in West- und Süddeutschland etwas höher zu steigen. Freitag mittag ließ erneute Abnahme des Luftdrucks die Annäherung der südlichen Tiefdruckzone erkennen. Die Folge dieser Entwicklung der Wetterlage dürfte nach kurz vorübergehender Erwärmung eine neue Periode des Regenwetters sein, bei dem infolge der nördlichen Verlagerung des Maximums die Temperaturen rasch wieder sinken werden, sodaß die allgemeinen Witterungsaussichten auch für die kommende Woche nicht gerade günstig erscheinen.

m. **Brotversorgung.** Man schreibt uns: Der Magistrat hat zur Verbesserung des Brotes dem Lebensmittelamt 100 000 ℳ zur Verfügung gestellt. Von diesem Gelde soll Hafermehl beschafft werden, das dann den zur Zeit verwendeten Brotmehlen zugesetzt werden soll. Das Hafermehl besitzt eine außerordentliche Backfähigkeit. Durch den Zusatz von Hafermehl soll erreicht werden, daß die Eigenschaften der schlechteren Mehle als Bohnenmehl, Vollmehl usw. in den Hintergrund treten. Die Besserung des Brotes wird sofort eintreten.

= **Vergiß nicht die Kundenliste!** Wer es noch nicht getan, lasse sich sofort bei seinem Schlachtermeister in die Kundenliste eintragen.

= **Neue Fleischpreise im Landkreis Herford.** Der Kreisausschuß für den Landkreis Herford hat in Anbetracht dessen, daß die Schlachtviehpreise vom Reich bedeutend heraufgesetzt wurden, auch die Kleinverkaufspreise für Fleisch entsprechend erhöht. Wir verweisen auf die Bekanntmachung im Anzeigenteil.

= **Der Handel mit Schafen und Ziegen wieder frei.** Nachdem die Lieferung von Schafen und Ziegen an Frankreich und Belgien beendet ist, ist das Verbot des An- und Verkaufs von Schafböcken und weiblichen Schafen, Ziegenböcken und Ziegen aufgehoben.

= **Der Steuerabzug bei Dienstmädchen und Hausangestellten.** Für Dienstmädchen und andere Hausangestellte, deren Arbeitsvertrag zum größten Teil in Naturalien ausbezahlt wird, ist die Frage des Steuerabzugs ab 25. Juni noch nicht ganz klargestellt. Bei einem Monatsgehalt von 80 ℳ Geld und freier Station müßte der Arbeitgeber nach diesen Bestimmungen — will er dem jetzigen Wert der Lebensmittel und Wohnung Rechnung tragen — so ziemlich 60 bis 70 ℳ abziehen, so daß ein Gehalt von 10 ℳ übrig bliebe. Das ist natürlich nicht der Sinn des Gesetzes. Der Abzug erfolgt in diesem Falle nach Maßgabe der bei den Krankenkassen angezeigten Einkommensverhältnisse.

= **Schutz der Kriegsteilnehmer vor Zwangsvollstreckungen.** Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hat in einer Eingabe an den Reichsminister der Justiz um Verlängerung der Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer vor Zwangsvollstreckungen ersucht. Bekanntlich läuft diese Verordnung, nachdem sie schon einmal verlängert worden ist, am 30. Juni ab. Dem Ersuchen um Verlängerung hat der Justizminister dadurch Rechnung getragen, daß die Verordnung bis zum 1. Januar 1921 in Kraft bleibt. Die Veröffentlichung der neuen Verordnung wird demnächst erfolgen.

Jöllenbeck, 12. Juni. In der Nacht vom 9. zum 10. Juni wurde der Arbeiter August Landwehrmann von dem Gendarmeriewachtmeister Nowosatko erschossen. Der Wachtmeister hörte bei seinem Rundgang zwischen 12 und 1 Uhr eine Schubkarre fahren und sah, wie zwei Leute damit in einen Feldweg einbogen. Er rief ihnen zu, stehen zu bleiben, und als die Leute dann die Karre stehen ließen und wegliefen, rief er wieder sein „Halt, oder ich schieße". Als die Leute auch dann noch nicht standen, schoß er und traf den einen so unglücklich, daß er tot war. Der Erschossene war erst kürzlich aus der Gefangenschaft zurückgekehrt.

Bielefeld, 12. Juni. Die sozialdemokratische Rathausfraktion wird in der nächsten Sitzung der Stadtv.-Versammlung den Antrag einbringen, daß den unbesoldeten Magistratsmitgliedern, Stadtverordneten und Mitgliedern der Ausschüsse für jede Sitzung 10 ℳ gezahlt werden sollen. Zu diesem Zwecke sollen nach dem Wunsche der Antragsteller 20 000 ℳ in den neuen Haushaltsplan eingestellt werden.

Lippische Freistaaten.

b. **Detmold,** 11. Juni. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in dem benachbarten Hiddesen. Der 57 Jahre alte Fuhrmann Heinrich Wegener hatte eine Fuhre Sand mit seinem Gespann geholt. Auf einer besonders für Fuhrwerke gefährlichen Wegestrecke geriet der schwerbeladene Wagen ins Rollen. Bei dem Versuche, den Wagen aufzuhalten, geriet Wegener unter die Räder, die ihm über die Brust gingen. Die Verletzungen waren derart gefährlich, daß der Tod eintrat.

Blickeburg, 12. Juni. Zur Beseitigung der Wohnungsnot erläßt die Landesregierung eine Polizeiverordnung, nach welcher Ausländer (das sind nichtdeutsche Staatsangehörige des Staates) aus dem Gebiete Schaumburg-Lippe ausgewiesen werden können, wenn die Gemeindebehörde wegen Unterbringung ihrer eigenen Gemeindeangehörigen nicht mehr in der Lage ist, ihnen ein Unterkommen zu verschaffen oder zu belassen. Sein Zuzug kann von jeder anderen Gemeinde abgelehnt werden. Die Ausweisung geschieht auf Antrag durch die Landesregierung. Zuwiderhandlungen gegen die Ausweisungsverfügung werden bestraft.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Münster, 11. Juni. Der Reichspräsident hat 62 im Bereiche des Reichswehrkommandos Münster während der Unruhetage gefällte kriegsgerichtliche Urteile im Gnadenwege aufgehoben.

Remscheid, 10. Juni. Spielende Kinder fanden auf einem Grundstück in der Schathauserstraße eine Handgranate, die von einem Unbekannten, der sich anscheinend vor den Nachforschungen der grünen Polizei fürchtete, hingeworfen wurde. Beim Hantieren explodierte die Handgranate, tötete einen 12jährigen Knaben und verletzte ein Mädchen. Ein größeres Unglück wurde dadurch vermieden, daß die Kinderschar im letzten Augenblick auf einen Warnungsruf auseinanderstob.

Dortmund, 12. Juni. Der diesjährige rheinisch-westfälische Sparkassenverbandstag findet am 16. und 17. Juni in Dortmund statt.

Essen, 12. Juni. Der Schlosser Jul. Papenhoff von hier war vom hiesigen Kriegsgericht wegen schweren Landfriedensbruchs, verübt während der Märzunruhen, zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Nach der Urteilsverkündung zog der Angeklagte plötzlich ein Taschenmesser hervor und brachte sich zwei schwere Schnitte am Gelenk der Hand bei.

Mülheim, 12. Juni. Nachdem bereits kurz nach den Märzunruhen an verschiedenen Stellen des Industriegebiets größere oder kleinere Dynamitmengen gefunden wurden, die seitens der roten Armee zu Sprengungen von Brücken, Bahnkörpern usw. aufgestapelt waren, sind jetzt auf dem Gelände der Zeche Sterkrade wieder mehrere hundert Pfund Dynamit in einem Versteck aufgefunden worden. Das Dynamit ist aus einem Sprengstofftransport geraubt worden, der an die Gewerkschaft Friedrich Thyssen gerichtet war und auf dem Eisenbahnwege dorthin befördert werden sollte. Die Täter konnten bisher noch nicht gefaßt werden. Auch sonst sind in der letzten Zeit noch eine Anzahl Dynamitdiebstähle im Industriegebiet zu verzeichnen, denen man gleichfalls noch nicht auf die Spur kommen konnte.

Schwelm, 12. Juni. Die gestrige Stadtverordnetensitzung fand ihren Abschluß durch die Mitteilung des Herrn Springorum, daß er nach Schluß der Sitzung das Vorsteheramt in die Hände des Kollegiums zurückgebe und ebenso sein Mandat als Stadtverordneter und Mitglied der städtischen Ausschüsse niederlege. Er begründete dies eingehend mit dem skrupellosen Wahlkampf, wie er von der Deutschen Volkspartei gegenüber der Demokratischen Partei geführt worden sei.

Schiffsberaubungen auf dem Rhein.

Nierstein, 12. Juni. Die Schiffsberaubungen auf dem Rhein haben einen derartigen Umfang angenommen, daß hier ein Sonder-Gendarmeriekommando zur Ueberwachung eingerichtet wurde.

Streik der städtischen Arbeiter in Düsseldorf.

Düsseldorf, 12. Juni. Die zwischen der Stadtverwaltung und den Vertretern der städtischen Arbeiter, soweit sie der radikalen Arbeiterunion angeschlossen sind, geführten Verhandlungen haben zu einer Einigung nicht geführt. Die Arbeiterunion fordert einen Einheitslohn und will nur denjenigen Arbeitern eine Zulage zubilligen, die schwere Arbeit zu leisten haben. Die städtischen Arbeiter sind nunmehr heute nachmittag 2 Uhr in den Streik getreten. Da die Arbeiterunion namentlich in den lebenswichtigen Betrieben stark vertreten ist, werden auch die anderen städtischen Betriebe und die Straßenbahn in Mitleidenschaft gezogen.

Schweres Autoomnibus-Unglück.

Oppeln, 12. Juni. Der Autoomnibus der Linie Oppeln—Proskau ist heute nachmittag in Szipanowitz bei Oppeln infolge Versagens der Steuerung auf der steil abfallenden Straße gegen einen Baumstamm gerannt, die steile Böschung hinabgestürzt und hat seine 28 Insassen unter sich begraben. Etwa 12 Personen sind schwer verletzt, ein Teil dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Auszahlungen:	12. Juni		11. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam-Rotterdam	1423,60	1426,40	1423,60	1426,40
Brüssel-Antwerpen	314,65	315,35	317,15	317,35
Christiania	684,30	685,70	684,30	685,70
Kopenhagen	659,35	660,65	659,35	660,65
Stockholm	854,10	855,90	854,10	855,90
Helsingfors	189,20	190,20	164,80	165,20
Italien	222,25	222,75	219,75	220,25
London	135,30	135,70	154,55	154,95
Newyork	39,35	39,45	39,07½	39,17½
Paris	299,70	300,30	297,20	297,80
Schweiz	711,80	713,20	709,30	710,70
Spanien	624,25	675,65	634,35	635,65
Wien (altes)	—	—	19,73	19,77
do. (Deutsch-Oest. abgestemp.)	27,47	27,53	27,97	28,08
Prag	87,15	87,85	87,65	87,85
Budapest	22,07	22,13	22,22	22,28

Abbau der Viehzwangswirtschaft in Anhalt.

Halle, 12. Juni. Der Zentralviehverband in Dessau leitet den Abbau der Viehzwangswirtschaft in Anhalt ein. Anhalt ist demnach der erste deutsche Staat, der an die Aufhebung der Zwangswirtschaft geht. Vertreter der bayerischen, badischen und württembergischen Regierung haben sich deshalb nach Dessau begeben, um die Organisation der Abauwirtschaft zu studieren.

Wirtschaftskrise in der vogtländischen Industrie.

Dresden, 12. Juni. Die wirtschaftliche Krise in der vogtländischen Industrie fängt an, bedrohliche Formen anzunehmen. Eine ganze Anzahl von Fabriken arbeitet wöchentlich nur noch 16 bis 32 Stunden, um möglichst alle ihre Arbeiter zu beschäftigen. Zum Teil haben die Arbeiter entlassen werden müssen. Die Handweberei (Heimindustrie) liegt fast ganz still. Die Zahl der Arbeitslosen steigt infolgedessen enorm und fängt ebenfalls an, bedrohlich zu werden.

Preisherabsetzung für Schuhwaren.

Halle, 12. Juni. Die Schuhwarenhändler in Berburg haben einstimmig beschlossen, die Preise für Schuhwaren erheblich herabzusetzen. Sie erklären in einer Bekanntmachung, daß die Zurückhaltung des kaufenden Publikums große Arbeitslosigkeit in den Schuhfabriken hervorgerufen habe und daß sie sich deshalb veranlaßt sehen, der gegenwärtigen Wirtschaftslage durch Herabsetzung ihrer gesamten Warenlager Rechnung zu tragen.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Bese, beide in Herford.

Herford, den 14. Juni 1920.

Es ist bestimmt in Gottes Rat,
Daß man vom Liebsten, was man hat,
Muß scheiden.

Am Freitag, abends 9½ Uhr, entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden, meine liebe Frau, die treusorgende Mutter meines einzigen Kindes, unsere gute Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Johanne Krommes

geb. Tölle

im blühenden Alter von 32¾ Jahren.

In tiefer Trauer:

Karl Krommes,
Heinz Krommes,
Heinrich Tölle,
Gustav Tölle,
Marie Stekmann, geb. Tölle.

Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 3½ Uhr, vom Trauerhause, Lochhauserstr. 89, aus statt.

Schützen-Verein
Herford, Radewig.

Wer liefert Zelte für das diesjährige Schützenfest?

Nähere Auskunft erteilt Friseur **Wilkes,** Steinstraße.

Klischees Stempel Stempelwaren
Rennstr. 27
M. Küssner, Herford

Drucksachen

aller Art liefert prompt

Fr. Kuhle

Herford / / / Rennstraße.

U. S. P. D.

Ortsgruppe Herford.

Am Dienstag, den 15. d. Mts., abends 8 Uhr, bei **Steffen,** Brüderstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Jeder Proletarier, welcher gewillt ist, den Sozialismus mit zu verwirklichen, ist herzlich eingeladen.

Der Vorstand.

Brennholz

prima Buche, sowie Mischholz (Eiche, Birke, Kiefer), gesunde, trockene Ware, auf Ofenlänge geschnitten, täglich in jeder gewünschten Menge vorrätig, ab Lager, sowie frei Haus.

Buchen-Scheitholz

für Bäcker ab Waggon zu Vorzugspreisen.

H. Wilke, Herford

Fernsprecher 489. Diebrockerstr 8.

Täglich frische
Erdbeeren
hat abzugeben.

Frau Wwe. Detring,
Obst- u. Beerengärtnerei
Grünestraße 66.

Ungeziefer

jeder Art vertilgt radikal.

Angeb. unter **Kammerjäger Schusen** an die Geschäftsst. dieser Zeitung.

Unter Garantie

werden Obstbäume u. Beerensträucher **von Blutlaus befreit!** Es brauchen daher keine Obstbäume ausgerodet werden, wie in Bonneberg bei Blotho.

Jul. Emme, Kreishausstr. 5.

Dienstag morgen empfiehlt



frisches Fleisch und Wurst.

Heinrich Oetzmann,
Hollwidstraße 25.

Kristall
in grosser Auswahl,
Lederwaren
sehr preiswert,
Nickelwaren
in Ia. Qualität,
Tischbestecke
in Alpacca und schwer versilbert.

Ww. Weinberg
Fernr. 1090, Bäckerstr. 26.

Hiermit mache ich die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage mein Geschäft nach **Credenstraße 24** verlegt habe.

Gustav Marten,
Fahrradhandlung.

Habe einige 100 m **Rüstbretter** 3 mm dick und zirka 100 kleine **Bäume** 2 m lang und andere Sachen wegen Umzug billig abzugeben.

Hochstraße 45.

---

10 Monat alte
Schäferhündin
dunkelgrau m gelben Abzeich., Stehohren, am 2. Pfingstfeiertag entlaufen

Hohe Belohnung sichere ich demjenigen zu, der mir über den Verbleib Auskunft geben kann.

Schmidt, Mühlenbesitzer, Diebrockerstraße

Sofort gesucht

4 tüchtige Küchenmädchen

Gehalt 120—150 Mk. pro Monat, sowie

2 Kochlehrlinge

schlicht um schlicht.

Hotel Fürstenhof,
Bad Salzuflen.

Existenz

Fabrik s. strebs. Pers. f. dort. Bezirksfiliale. Ort u. Beruf gl. (kostenlos). **Gehring & Co.** D'dorf-Gerresheim.

Tischlerei-Maschinen

neu oder gebraucht, sofort zu kaufen gesucht.

Angebote unter 8550 an die Geschäftsst. dieser Ztg. erbeten

Gute Milchziege

abzugeben. Nachzufragen unter Nr. 8548 in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Zu verkaufen:

1 fast neues apartes Lila-Seidenkleid, 1 Herren-Winterpaletot, 1 Paar Herrenhalbschuhe.

Zu erfragen unter 8252 in d. Geschäftsstelle dieser Zeitung

Ingenieur sucht ab 1. Juli in Herford

möbl. Zimmer

in angenehmer Lage mit voller oder teilweiser Beköstigung.

Angebote an die Geschäftsst. dieser Zeitung unter 8555.

Es peinigt Sie

und läßt Ihnen keine Ruhe, besonders nachts stört Sie **Hautjucken, Krätze,** verschwindet aber innerhalb 3 Tagen nach dem Gebrauch m. Spezialpräparates Nr. 10 Mk. 8.25, zur Unterstützung dient m. Spezialtee Nr. 3 Pak. Mk. 5.—, 3 Pak. Mk. 13.50. **Offene Beine Krampfadern-** geschwüre usw. beseitigt mein „Mutter Oberin" Kloster-Wundcreme Mk. 6,75 und 9,75. Sämtl. Präparate nur echt geg. Nachn. zuzügl. Porto u. Verpackung, vom

Laborat. Löwenhof
Dortmund 100.

Großer politischer Nachrichtendienst

Vossische Zeitung

Berlin

Ab 1. April monatl. 14— M. bei allen Postanstalten und beim Verlag Ullstein & Co., Berlin SW. 68

Amtliche Bekanntmachungen
der Stadt Herford.

Lebensmittel.

Betrifft: Zuteilung von Fleisch aus Beschlagnahmen an Lungenkranke.

Lungenkranke wollen gegen Vorlage des grauen Sonderbezugscheines für Lebensmittel in der Lebensmittelmarkenausgabestelle, Bürgerverein, am Dienstag und Mittwoch, den 15. und 16. Juni, vormittags behufs Sonderzuteilung von Fleisch, einen Markenbogen abholen.

Zugewiesene Wurst von auswärts erhält in dieser Woche Schlachtermeister Stork. Die dort eingetragenen Kunden können auf Zusatzmarke Nr. 1 am Montag, den 14., vormittags, und Dienstag, den 15., nachmittags,

je 100 Gramm Wurst

kaufen. Das Pfund kostet 5 M. Bei der nächsten Wurstlieferung erhält der folgende Schlachtermeister die Wurst für seine Kunden.

Kundenlisten für Fleisch. Die Fleischversorgungsberechtigten werden hiermit aufgefordert, die an den neu ausgegebenen Fleischkarten befindlichen Kontrollabschnitte auszufüllen, abzutrennen und bis Dienstag, den 15. d. Mts. einschließlich, bei demjenigen Schlachtermeister anzugeben, bei welchem die Eintragung in die Kundenliste erfolgen soll. Nur eingetragenen Personen können mit Fleisch versorgt werden.

Die Schlachtermeister haben die Liste aufzustellen und mit den Abschnitten am Donnerstag, den 17. d. Mts., morgens von 7½—12 Uhr ab, auf dem Lebensmittelamt, Rathaus, Zimmer Nr. 108, abzugeben.

Bohnenmehl, als Futter für Kühe und Schweine wird im Futtermittellager Weddigen, Diebrockerstraße 42, zum Preise von

160 Mark per Zentner

abgegeben.

Herford, den 14. Juni 1920.

Lebensmittelamt.

Aufruf.

Mitbürger, Hausbesitzer! Die Wohnungsnot ist erschreckend groß. Um die dringendsten Anträge auf Zuweisung einer Wohnung befriedigen zu können, muß jede gegebene Möglichkeit zur Herrichtung einer Notwohnung benutzt werden.

In Eurem Hause befindet sich vielfach ein Dachgeschoß, das mit geringen Kosten zu einer Wohnung umgebaut werden kann. Euer Haus ist dadurch wertvoller und dauernd kommt Ihr in den Genuß der Mieten. Falls die Kosten für die baulichen Veränderungen nicht von Euch getragen werden können, ist der Magistrat bereit, Zuschüsse zu übernehmen.

Wer im Besitz eines ausbaufähigen Dachbodens ist, wird von uns dringend gebeten, dem Wohnungsamt, Rathaus, Zimmer 13, Mitteilung zu machen. Alles weitere wird von dieser Stelle veranlaßt.

Mitbürger helft uns! Wir sind ohne Eure Mithilfe nicht in der Lage, die Wohnungsnot zu lindern.

Herford, den 9. Juni 1920. **Der Magistrat.**

Zwecks Aufbringung der Entschädigung für das an Lungenseuche und Milzbrand gefallene Rindvieh hat nach den Vorschriften über die Aufnahme und Fortführung der Viehbestandsverzeichnisse und über die Erhebung der Abgabe vom 23. 3. 1891 (A. Blatt Nr. 14, S. 92) am 2. Juni d. J. im Stadtbezirk Herford eine Aufnahme des abgabepflichtigen Viehbestandes stattgefunden.

Dieses Verzeichnis liegt vom 21. Juni bis 4. Juli cr. im Polizeibüro, Rathaus, Zimmer 47, zur Einsicht der Beteiligten aus.

Anträge auf Berichtigung des Verzeichnisses sind innerhalb der 14tägigen Frist beim Magistrat hier anzubringen.

Herford, den 10. Juni 1920. **Die Polizeiverwaltung.**

In der Zeit vom 19. Mai 1920 bis 11. Juni 1920 wurden bei uns gemeldet:

a) als gefunden: Mehrere Portemonnaies mit Inhalt, 1 goldenes Medaillon mit Herrenphotographie, 1 grüner Herrenhut, 1 graue Drellhose, 1 Herrenuhrkette, 1 Pumpernickel, 1 Paar rotbraune Herren-Glacehandschuhe;

b) als verloren: 1 silberne Herrenuhr;

c) als zugelaufen bezw. zugeflogen: 2 Gänseküken, 1 Kanarienvogel, 1 Schwan;

d) als entlaufen: 1 Jagdhund, langhaarig.

Herford, den 11. Juni 1920. **Die Polizeiverwaltung.**

Amtliche Bekanntmachungen
des Landkreises Herford.

Die Fetteinheit für die Zeit vom 16. bis 22. d. M. beträgt: 1. für **Fettversorgungsberechtigte** auf die Margarinemarke 27 200 Gramm Margarine zum Preise von 4,90 M, 2. für **Selbstversorger** a) 75 Gramm Butter (eigener Erzeugung), b) auf Margarinemarke 22 stehen 25 Gramm Margarine zum Preise von 62 ₰ zur Verfügung.

Herford, den 12. Juni 1920.

Kreiswirtschaftsamt des Landkreises Herford.

Neue Fleischpreise im Landkreise Herford.

Nachdem durch Verordnung der Reichsregierung vom 4. Juni 1920 (R. G. Bl. S. 1122) die Preise für Schlachtvieh bedeutend heraufgesetzt sind, werden die Kleinverkaufspreise für Fleisch für den Umfang des Landkreises Herford mit Zustimmung der Preisprüfungsstelle vom 16. Juni ab wie folgt bestimmt:

Rindfleisch 9 M per Pfund, Kalbfleisch 8 M per Pfund, Fleischwurst 5 M per Pfund, Leberwurst 4,20 M per Pfund, Blutwurst 3,60 M per Pfund.

Herford, den 12. Juni 1920. **Der Kreisausschuß.**

Bullenkörung.

In den am 31. v. M. und am 1. und 2. d. M. abgehaltenen Terminen sind die Bullen folgender Besitzer angekört worden:

1. Höpker, Rittergutspächter, Haus Kiver, 85 Punkte, (3 mal prämiiert) Preis 20 M; 2. Finke, Kolon, Ostkilver 7, 65 Punkte, 3. Langemeier, Kolon, Bieren 10, 75 Punkte, (5) 10 M; 4. Ober-Sundermeyer, Schwenningdorf 4, 70 Punkte; 5. Grotemeyer, Kol., Holsen 3, 73 Punkte; 6. Worminghaus, Kolon, Habighorst 27, 63 Punkte; 7. Wilmsmeier, Kolon, Dünne 35, 92 Punkte, (2), 25 M; 8. Bartelheimer, Kolon, Habighorst 29, 74; 9. Knollmann, Kolon, Werfen 12, 72; 10. Schlüter, Kolon, Klosterbauerschaft 23, 74; 11. Greimann, Kolon, Quernheim 2, 70; 12. Oberhacke, Kolon, Quernheim 8, 65; 13. Bartelheimer, Kolon, Kirchlengern 39, 65; 14. Ober-Sundermeyer, Kolon, Nehmerloh 1, 88, (3) 20 M; 15. Henke, Kolon, Westscheidt 2, 66; 16. Nagel, Kolon, Grimminghausen 6, 72; 17. Budde, Kolon, Westscheidt 9, 65; 18. Dr. Blomeyer, Rittergutsbesitzer, Haus Beck, 77, (5) 10 M; 19. Bröer, Kolon, Melbergen 10, 69; 20. Wißmann, Kolon, Obernbeck 9, 72; 21. Kröger, Kolon, Löhne 25, 68; 22. Kötter, Kolon, Löhne 55, 66; 23. Hagemeier, Kolon, Depenbrock 1, 66; 24. Richter, Kolon, Schwarzenmoor 54, 78 (5) 10 M; 25. Oberdiek, Schwarzenmoor 12, 72; 26. Schweppe, Falkendiek 5, 74; 27. Uflerbäumer, Herford, Salzuflerstraße 220, 67; 28. Riepe, Herford, Ellersiekerweg 106, 74; 29. Nagel, Herford, Neustädter Feldmark 212, 72; 30. Niederbäumer, Kolon, Sundern 1, 83, (4), 15 M; 31. Berg, Kolon, Sundern 13, 73; 32. Feldmann, Kolon, Hiddenhausen 2, 70; 33. Reinke, Kolon, Bermbeck 9, 70; 34. Gutsverwaltung Baringhof, Westerenger, 79, (5) 10 M; 35. Hagemeier, Besenkamp 5, 75, (5) 10 M; 36. Dreymann, Dreyen 3, 74; 37. Meyer zu Eißen, Dreyen 4, 75 (5) 10 M; 38. Jürging, Oldinghausen 8, 66; 39. Meyer-Johann, Oldinghausen 2, 73 (5) 10 M; 40. Biermann, Enger 111, 66; 41. Brokmeyer, Siele 1, 75 (5) 10 M; 42. Stork, Siele 2, 66; 43. Gehring, Kolon, Lenzinghausen 19, 87, (3) 20 M; Weßling, Kolon, Bardüttingdorf 3, 73; 45. Tiemann, Kolon, Wallenbrück 5, 66; 46. Künsting, Kolon, Solterwisch 12, 77, (5) 10 M; 47. Kelle, Kolon, Bonneberg 13, 72; 48. Wessel, Kolon, Holwiesen 13, 65; 49. Niehage, Kolon, Steinbrünndorf 12, 68; 50. Böke, Kolon, Steinbrünndorf 22, 70; 51. Schrödermeyer, Kolon, Steinbrünndorf 11, 75 (5) 10 M; 52. Hartwig, Kolon, Bonneberg 5, 66; 53. Schermeier, Kolon, Baldorf 8, 70; 54. Wiebesiek, Kolon, Baldorf 23, 70; 55. Prött, Kolon, Baldorf 2, 76 (5) 10 M; 56. Meyer zu Düttingdorf, Kolon, Herford, Radewiger Feldmark 192, 76 (5) 10 M; 57. Sewing, Kolon, Laar 3, 73; 58. Lücking, Kolon, Diebrock 13, 87, (3) 20 M; 59. Böndel, Kolon, Diebrock 9, 66; 60. Greßhöner, Kolon, Laar 11, 65; 61. Lütkehölter, Kolon, Elverdissen 25, 75, (5) 10 M.

Die Prämien werden im Oktober d. J. ausgezahlt, sofern die Bullen bis dahin bei demselben Besitzer zum Decken verwandt worden sind.

Zum Decken fremder Kühe und Rinder, sei es unentgeltlich oder gegen Bezahlung, dürfen nur angekörte Bullen Verwendung finden.

Das Mindestdeckgeld hat der Kreisausschuß auf 5 M festgesetzt.

Herford, den 8. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Preise für Schlachtvieh.

Auf Grund des § 10 Abs. 3 der Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für Schlacht- und Nutzvieh vom 15. Juli 1919 (R. G. Bl. S. 647) und vom 1. April 1920 (R. G. Bl. S. 474) und auf Grund der Verordnung für Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (R. G. Bl. S. 401) und vom 18. August 1917 (R. G. Bl. S. 823) wird verordnet:

Artikel 1. Für die Zeit bis zum 31. Juli 1920 darf beim Verkaufe von Schlachtvieh durch den Viehhalter der Preis für 50 Kilogramm Lebendgewicht nicht übersteigen:

I. Bei Rindern:

1. gering genährten Rindern, einschließlich gering genährten Freßern (Klasse C) 240 M,
2. fleischigen Rindern (Klasse B) 340 M,
3. vollfleischigen Rindern (Klasse A) 380 M,
4. ausgemästeten oder vollfleischigen Rindern höchsten Schlachtwertes (Klasse A I) 420 M.

II. Bei Kälbern:

5. Schlachtkälbern im Alter unter 3 Monaten 450 M.

III. Bei Schweinen:

6. Schlachtschweinen (ausgenommen bei Vertragsmast) 350 M.

IV. Bei Schafen:

7. minderwertigen und abgemagerten Schafen (Klasse IV) 240 M,
8. mageren und gering genährten Schafen sowie Zuchtböcken (Klasse III) 300 M,
9. vollfleischigen und fetten Mastschafen sowie fleischigen Lämmern und Jährlingen (Klasse II) 350 M,
10. vollfleischigen Lämmern und Jährlingen, Hammeln und ungelammten Schafen (Klasse I) 400 M.

Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen können mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Abweichungen von den Preisen für ihren Bezirk oder Teile ihres Bezirkes vorschreiben und Rindvieh und Schafe in andere Klassen einordnen. Maßgebend ist der Höchstpreis des Bezirkes, in dem sich die Ware zur Zeit des Vertragsabschlusses befindet.

Artikel 2. Auf die im Artikel 1 genannten Preise finden die §§ 8, 10 der Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für Schlacht- und Nutzvieh Anwendung, auch soweit es sich um Schafe handelt.

Artikel 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Berlin, den 4. Juni 1920.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.
Dr. Hermes.

Veröffentlicht!

Die Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 26. November 1919 (R. G. Bl. S. 1903) ist aufgehoben.

Herford, den 11. Juni 1920.

Kreiswirtschaftsamt des Landkreises Herford.

Abänderung der Verordnung über Pferdefleisch und Ersatzwurst.

Auf Grund der Verordnung über Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (R. G. Bl. S. 401) und vom 18. August 1917 (R. G. Bl. S. 823) wird verordnet:

Artikel 1. Die Verordnung über Pferdefleisch und Ersatzwurst vom 22. Mai 1919 (R. G. Bl. S. 467) wird wie folgt geändert:

1. § 2 enthält folgende Fassung: „Als Richtpreis für den Verkauf von Schlachtpferden wird für je 50 Kilogramm Lebendgewicht ein Preis von 200 M festgesetzt. Der Preis gilt ab Stall des Verkäufers. — Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Abweichungen von diesem Preise für ihren Bezirk oder Teile ihres Bezirkes verschreiben und die Schlachtpferde in Klassen mit gesonderten Richtpreisen einordnen. Maßgebend ist der Richtpreis des Bezirkes, in dem sich die Pferde zur Zeit des Vertragsabschlusses befinden."

2. Dem § 5 wird folgende Vorschrift als Absatz 3 angefügt: „Die Vermischung von Pferdefleisch mit einer der in Absatz 1 genannten Fleischarten zur Herstellung von Frischwurst ist verboten."

Artikel 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 4. Juni 1920.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.
Dr. Hermes.

Veröffentlicht!

Herford, den 11. Juni 1920.

Kreiswirtschaftsamt des Landkreises Herford.